

# Ein Meisterstück der Desinformation

## Der Bericht über den Finanzbedarf SRG 2007-10

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Desinformation bedeutet nicht notwendigerweise Lüge. Desinformation wird meistens auf subtilere Art betrieben. Mit einseitigen Darstellungen von Fakten, mit dem Unterschlagen von ebenso wichtigen Gegenargumenten oder mit dem Hochspielen von unwichtigen Nebensächlichkeiten wird versucht, die Meinung der Informationsempfänger zu manipulieren. Mit einer gezielten Überversorgung mit nutzlosen Informationen wird von wichtigen Tatbeständen abgelenkt und mit zahlreichen Wiederholungen erhalten Themen einen Stellenwert, der ihnen sonst nie zukäme. Nicht selten werden Unterstellungen in Fragen gekleidet, um sich später mit dem Hinweis, es habe sich ja lediglich um eine Frage gehandelt, vor rechtlichen Schritten schützen zu können. Besonders perfid ist auch die Verknüpfung von Tatbeständen, die bei genauerer Betrachtung nichts miteinander zu tun haben. Ziel der Desinformation ist die Stimmungsmache für oder gegen eine Sache. Unsere mehrheitlich linken Medien, vor allem die Zwangsgebührenanstalten Radio und Fernsehen, sind Meister der Sparte Desinformation. Offensichtlich erstreckt sich diese Unternehmenskultur bis in die Buchhaltungs- und Finanzabteilungen, wie der Bericht über den Finanzbedarf SRG 2007-10 zeigt. Auf ein paar dieser exemplarischen Desinformationen soll deshalb kurz eingegangen werden:

**Behauptung: Seit dem 1.1.2000 sind die Radio- und Fernsehgebühren real nicht mehr angepasst worden.** Hier wird versucht den Eindruck zu erwecken, die Gebühren seien seit Jahren nicht mehr angehoben wurden, denn viele Leser werden überlesen, dass hier von realen und nicht von den effektiven, nominellen Gebühren gesprochen wird. Den übrigen wird suggeriert, man müsse die Empfangsgebühren mit dem Landesindex der Konsumentenpreise oder anderen Service Public Leistungen (Eisenbahn, Post etc.) vergleichen. Solche Vergleiche sind unsinnig. Eisenbahnfahrten oder die Warengruppen des KPI (Nahrungsmittel, Mieten, Gesundheitskosten etc.) haben nichts mit den Radio- und Fernsehgebühren zu tun. Sie können deshalb nicht als Vergleichsmassstab herangezogen werden. Hier wird klar von wichtigen Fakten abgelenkt. Tatsache ist beispielsweise, dass die Kapitalkosten seit 2000 massiv gesunken sind. Die Hypothekensätze sind beispielsweise von 4.46% auf ein Allzeittief von 3.03% eingebrochen. Die Hyposätze befinden sich immer noch auf diesem tiefen Niveau, während die übrigen Zinssätze nur leicht angezogen haben. Die Übertragungskosten sind seit 2000 massiv (um CHF 58 Mio.) gefallen). Einkäufe von elektronischen Produkten (Kameras etc.), die in USD und Yen fakturiert werden, profitieren zudem von wesentlich tieferen Wechselkursen, betrug doch der Wechselkurs des USD und des Yen Ende 2000 CHF 1.69 bzw. CHF 1.50. Die Abwertungen summieren sich seither auf 28% (USD) bzw. 31%.

Mit der Behauptung, die Gebühren seien real nicht angestiegen, wird versucht zu übertünchen, dass trotz gefallen Zinsen und Übertragungskosten sowie Abwertungen die nominellen Gebühren sehr wohl angestiegen sind, nämlich bereits im Jahre 2003 um CHF 17.80 (= 4,1%). Zudem stieg die Anzahl der zahlenden

Fernsehzuschauer um 53'725, jene der Radiohörer um 200 an. Diese Kombination hat denn auch zu einer Zunahme der Gebühren um CHF 53 Mio. pro Jahr (= 5%) geführt. Im Bericht beklagt man sich über die Zunahme von nicht-zahlenden Empfängern. Hier wären Kontrollen die Antwort und nicht höhere Gebühren für die Ehrlichen. Angesichts der zahlreichen Kostenvorteile der letzten Jahre hätten die Gebühren eigentlich gesenkt und nicht erhöht werden müssen. Aber offensichtlich hat man die Kostenvorteile selbst eingesackt, statt sie den Konsumenten weiterzugeben. Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz punkto Empfangsgebühren Radio und TV übrigens an zweiter Stelle. Nur Island weist noch höhere Preise auf. Gegenüber dem Mittel von 10 Vergleichsländern liegt die Schweiz um 35% höher.

**Behauptung: Die zusätzlichen Gebühren sollen der qualitativen Programmverbesserung dienen.** Ein Grossteil der beantragten Gebührenerhöhung wird für zusätzliche Ausgaben verwendet, die nichts zur Programmqualität beitragen. So sollen pro Jahr CHF 7 Mio. für die Wiederherstellung des Eigenkapitals verwendet werden, obwohl die Eigenmittelquote von Ende 2005 bis Ende 2006 von 50,9% auf 59% anstiegen soll. Damit läge sie höher als bei den meisten Konkurrenten (BBC 30%, ARD 46%, ZDF 57%, OPRF 49%, TV2 DK 50%, YLE Finnland 50%) Auch wenn dieser Anstieg teilweise durch die Rechnungslegungsvorschrift FER 16 bedingt ist (Pensionskassengelder), besteht kein Grund dafür, eine Bilanzsanierung über Gebührenerhöhungen vorzunehmen. Die Pensionskasse weist per Ende 2005 einen Deckungsgrad von 105,4% auf. Um den Primatswechsel grosszügig abzufedern fordert die SRG von 2007 an einen jährlichen Zuschuss von CHF 23 Mio. Diese Kasse haben die Steuerzahler übrigens bereits vor wenigen Jahren mit CHF 50 Mio. saniert. Auch mit diesem Beitrag wird sich am Programm der SRG nichts ändern. Die Mitfinanzierung ausländischer Fernsehsender (TV5, 3Sat, Arte). in Höhe von rund CHF 15 Mio. p.a. verbessert die Programme der SRG ebenfalls nicht. In der Zeit 2005-2010 sieht der Finanzplan SRG eine Zunahme der Personalkosten um 15.2% bzw. um CHF 84 Mio. vor, was einer jährlichen Lohnsteigerung um 2,9% entspricht (Durchschnittslohn 2005: CHF 547.4 Mio. bezogen auf 5243 Festangestellte und Honorarmitarbeiter = CHF 104'406). Ob damit auch die Qualität pro Jahr im gleichen Ausmass ansteigen wird, bleibt fraglich. Nach der Volksabstimmung vom 26. November 2006 in der Stadt Zürich steht dem Bau eines neuen Parkhauses neben den Studios nichts mehr im Wege. Hier stellt sich die Frage, wer dieses Parkhaus bauen und betreiben wird. Ist es die SRG, dann wird auch hier Geld für ein Projekt eingesetzt, das nichts zur Programmqualität beiträgt. Auf die höheren Kosten für Übertragungsrechte, die eigentlich auch keine Qualitätsverbesserung beinhalten, wird später noch eingegangen.

**Behauptung: Die SRG habe grosse Produktivitätsfortschritte erzielt, wie die Kosten je TV-Minute zeigen.** In Tat und Wahrheit haben vor allem die Wiederholungen zugelegt. Betrug der Anteil der Wiederholungen an den gesendeten TV-Stunden noch 2000 erst 37,4%, stieg dieser bis 2005 auf 56,8% an. Die Anzahl der Wiederholungsstunden stieg in diesen 5 Jahren um fast 66% an, die Anzahl der Fremdproduktionen fiel um rund 33%, während die Eigenproduktionen im Gegenzug nur um 14% zunahmen. Von Produktivitätsfortschritt kann somit keine Rede sein. Die vorgegaukelten Produktivitätsfortschritte basieren vor allem darauf, dass mehr Wiederholungsstunden in die Durchschnittsrechnung eingehen.

**Behauptung: Die internationale Konkurrenzfähigkeit müsse erhalten bleiben.**

Das Schweizer Fernsehen kann man im Ausland wegen Urheberrechtskosten praktisch nirgendwo empfangen, ausser man beschaffe sich die Satellitenentschlüsselungskarten. Dann kann man im Ausland übrigens für nur einmalige CHF 50 das Schweizer Programm empfangen, während die Inländer pro Jahr CHF 450.40 (Radio: CHF 169; TV CHF 281.40) bezahlen müssen. Es geht somit nicht um längere Spiesse auf internationalen Medienmärkten, sondern lediglich um die Abwehr ausländischer Konkurrenten in der Schweiz. Dies ist eine unfaire Behinderung des Wettbewerbes und deshalb nicht akzeptabel. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass die SRG ausländische Konkurrenten mitfinanziert. Wenn man die Ausgabenprojektionen der SRG bis 2010 betrachtet, dann stellt man weltweit eine massive Steigerung der Kosten für Übertragungsrechte vor allem von Sportveranstaltungen fest. Die SRG beklagt sich, dass die Konkurrenten auch in der Schweiz über grössere finanzielle Spielräume verfügten, solche Rechte zu erwerben. Im Finanzplan nehmen die Kosten für Rechte und Produktionskosten von Grossprojekten Sport allerdings nur leicht von CHF 37.3 Mio. im Jahre 2006 auf CHF 38.1 Mio. (2010) zu, wobei die „geraden“ Jahre immer Spitzenjahre sind. In den beiden Vorjahren 2005 und 2009 betragen die Kosten CHF 8.3 Mio. und CHF 9.8 Mio. Die erwarteten Preissteigerungen rechtfertigen jedenfalls keine Gebührenerhöhung. Da sich nicht wenige Organisatoren von Grossveranstaltungen darauf verlassen können, dass die SRG die Übertragungsrechte um jeden Preis erwerben wollen, muss man sich nicht wundern, dass einige von ihnen immer unverschämter werden. Deshalb wäre es durchaus wünschenswert, dass auch die SRG hie und da auf Übertragungen verzichten würde, statt für übertrieben teure Senderechte Gebührenerhöhungen zu verlangen.

**Fazit: Der Bericht über den Finanzbedarf SRG 2007-10, der als Grundlage für eine Gebührenerhöhung dienen soll, beweist eigentlich das Gegenteil, nämlich dass Spielraum für eine Gebührensenkung besteht. Deshalb täte auch der Bundesrat gut daran, vorerst die Fakten genau zu prüfen, bevor er sich durch Drohungen von Personalabbau und Programmkürzungen einschüchtern lässt und die Steuerzahler mit neuen Zwangsabgaben belastet.**